

Neues Europäisches Parlament

Das Europäische Parlament ist vom 14. Juli bis zum 16. Juli 2009 zu seiner konstituierenden Sitzung in Straßburg zusammengekommen. Dort haben sie den polnischen Abgeordneten Jerzy Buzek (EVP) zum Präsidenten gewählt. Unter den 14 Vizepräsidenten befinden sich auch die deutschen Abgeordneten Dagmar Roth-Behrendt (SPD), Rainer Wieland (CDU) und Silvana Koch-Mehrin (FDP). Der Präsident vertritt das Europäische Parlament nach außen und gegenüber den anderen EU-Institutionen. Gemeinsam mit den Vizepräsidenten bilden sie das Präsidium. Sie sind zuständig für den Haushaltsvoranschlag des Parlaments sowie für die Fragen zu Verwaltung, Personal und Organisation.

Fraktionen

Die Europäische Volkspartei (EVP) – zu der auch die CDU und die CSU gehören – hat 265 Sitze. Sie ist damit die größte Fraktion im Europäischen Parlament. Die Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformen (ECR) – angeführt von den britischen Konservativen (Tories) – haben sich von der EVP-Fraktion abgespalten.

Sie gehören den EU-Kritikern an und stellen 55 Sitze. Die Sozialisten und Demokraten (Fortschrittliche Allianz der Sozialisten und Demokraten – S&D) haben 184 Sitze. Ihr folgen die Liberalen (Allianz der Liberalen und Demokraten – LDE) mit 84 Sitzen, die Grünen (Grüne/Freie Europäische Allianz – EFA) mit 55 Sitzen und die Linken (Vereinigte Europäische Linke/Nordische Grüne – VEL) mit 35 Sitzen. Die rechte Fraktion Europa der Freiheit und Demokratie hat 30 Sitze im Parlament.

Ausschüsse

Der SPD-Abgeordnete des Europäischen Parlaments, Jo Leinen, ist zum Vorsitzenden des Ausschusses für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit (ENVI) gewählt worden. Er wird das Amt für die nächsten zweieinhalb Jahre der neuen Legislaturperiode ausüben. Der gebürtige Saarländer ist Rechtsanwalt und gehört dem Europäischen Parlament seit dem Jahr 1999 an.

Zuvor war er Vorsitzender des Ausschusses für konstitutionelle Fragen und stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten, Menschenrechte, gemeinsame Sicherheit und Verteidigungspolitik gewesen. Vor seiner Zeit in Brüssel war er Umweltminister im Saarland.

Die ständigen Ausschüsse des Europäischen Parlaments prüfen die Vorschläge der Europäischen Kommission zu neuen Rechtsakten oder erstellen Initiativberichte.

Für jede Maßnahme wird ein Berichterstatter ernannt. Dieser schreibt einen Bericht zu dem jeweiligen Rechtsakt, der dann im Ausschuss erörtert, abgeändert und angenommen wird. Anschließend wird über den Bericht im Straßburger Plenum abgestimmt.

Als Koordinatoren sind der CDU-Abgeordnete Peter Liese und der österreichische Abgeordnete Richard Seeber (ÖVP – Österreichische Volkspartei) ernannt worden. Peter Liese stammt aus Olsberg, Nordrhein-Westfalen. Er gehört dem Europäischen Parlament seit dem Jahr 1994 an. Als Arzt wirkt er u. a. im Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit mit und ist Vorsitzende der Arbeitsgruppe Bioethik der EVP-Fraktion. Dr. Richard Seeber ist aus



Innsbruck. Der Jurist und Volkswirt gehört dem Europäischen Parlament seit dem Jahr 2004 an und ist u. a. Mitglied in den Ausschüssen Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit sowie dem Petitionsausschuss.

Die Aufgaben der Koordinatoren sind die Programmgestaltung, die Gesetzgebungskoordination und die politische Strategie. Sie beeinflussen maßgeblich die Entscheidungsfindung und organisieren gemeinsam mit den stellvertretenden Koordinatoren die Zusammenarbeit mit Hilfe der Berater der Fraktionen. Zusätzlich müssen sie auf die Mehrheitsbildung in der Fraktion achten.

Liese will sich insbesondere den Bereichen Gesundheit und Lebensmittelsicherheit widmen. „Die Gesundheitspolitik hat in den letzten Jahren in der EU stetig an Bedeutung zugenommen. Wir wollen die Verantwortung der nationalen Parlamente nicht aushebeln, aber in vielen Bereichen ist grenzüberschreitende Zusammenarbeit erforderlich, wie etwa bei der Organspende oder der Behandlung von Patienten im Ausland. Auch die Arzneimittelpolitik muss zum großen Teil europäisch geregelt werden“, so Liese. □

Quelle: Bundesärztekammer